

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
9 (1895)**

108 (10.5.1895)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-253178](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-253178)

Norddeutsches Volksblatt.

529

Organ für Vertretung

der Interessen des werththätigen Volkes.

Redaktion und Expedition: Sant, AdolfsstraÙe Nr. 1.

Inseraten-Kannachse für die laufende Nummer bis spätestens Mittags 1 Uhr. Größere Inserate werden früher erbeten.

Abonnement
bei Vorausbezahlung frei im Haus:
vierteljährlich 2.10 „
für 2 Monate 1.40 „
für 1 Monat 0.70 „
eigl. Postbefugelb.

Er scheint täglich
mit Ausnahme der Tage nach Sonn-
und gesetzlichen Feiertagen.
Inserate: die viergespaltene Seite
10 H. bei Wiederholungen Rabatt.
Vertheilungskasse Nr. 1069.

Nr. 108.

Sant, Freitag den 10. Mai 1895.

9. Jahrgang.

Ein gemüthlicher Finanzminister.

Ein gemüthlicher Finanzminister ist Herr v. Pobadowsty. Er streitet nicht, er giebt gern zu, daß seine Gegner Recht haben, aber er bleibt doch bei seinem fest. Er hat die Tapferkeit des Gleichmuths. Wenn die parlamentarischen Schläge auf ihn auch hagerlich niederfallen, er trägt's geduldig und weicht nicht von der Stelle. Seine einzige Staatsraison ist: „Ich kann es nicht anders.“

So auch jorden bei den Verhandlungen über die Branntweinsteuernovelle. Er giebt zu, daß der Gesetzentwurf sehr verwirrt ist — „komplizirt“ nennt er das, „wider-sprechend“ hätte er sagen sollen. Er giebt gerne zu, daß die Vorlage agrarische Zwecke verfolgt. „Ich sage offen, daß diese Maßregel in erster Linie eine agrarische ist.“ Warum denn nicht? Er giebt auch zu, daß die Ausfuhr-prämie ein nichtunthätiges Ding sei. „Gegen die gesetzliche Befreiung einer Exportprämie lassen sich ja schwerwiegende wirtschaftliche Einwände erheben. Mein wirtschaftlich ist ja eine Ausfuhrprämie unerwünscht“, aber — aber er kann es eben nicht anders! Wir müssen fortfahren, Ausfuhrprämien zu schaffen, obwohl es wirtschaftlich „unerwünscht“ ist, wir müssen fortfahren, weil andere Staaten das Gleiche thun, vielleicht findet sich später in einem anderen Lande ein geschilter Finanzminister, der es anders macht.

Also man mag argumentiren, deliberiren, kritisiren, das berührt unseren Finanzminister auch nicht im Geringsten. Mit Schlussfolgerungen fängt man nicht ein. Wozu dann das Gerede? „Macht es doch schnell und bewilligt, was ich fordere“, meint er und unterdrückt ein Sähen. Und er meldet sich nur dann zur Entgegnung, als die Redner-liste bereits geschlossen und Niemand ihm antworten darf. Das ist ein kurzes und bequemes Verfahren.

Es liegt eine nicht unrichtige Erkenntnis in dieser Manier. Es kommt im kapitalistischen Parlament sehr wenig auf die Beweisführung an und alles auf das Stör-verhältnis der Interessengruppen. Der größte Widerspruch kann Gesetz werden, wenn dahinter eine Ausbeuterklasse steht, die stark genug ist, um es durchzusetzen. Und da augenblicklich Bund der Landwirthe Trumpf ist, so ist die „offene“ ministerielle Erklärung, es handle sich um eine agrarische Maßregel, sogar die beste parlamentarische Empfehlung der Brennsteuervorlage. Mit jubelnder Freude erklären die Nationalliberalen, daß sie „dem Gesetz, welches nach dem Staatssekretär eine agrarische Tendenz habe, eine große Sympathie entgegenbringen“. Und auch das Zentrum erklärte, daß es der Vorlage „wohlwollend“ gegen-überstehe. So wird das Konstrukt sozialistischer Epithet-keit und ökonomischer Einseitigkeit wohl Gesetz werden.

Das hohe Roth, auf dem der berufene und aus-erwählte Vertreter der Regierung diesmal heraustritt, war der Zusammenhang zwischen Kartoffelkultur und Spiritusbrennerei. Bei diesem wollen wir noch etwas verweilen.

Durch die Beschränkung des Kartoffelbaues infolge der hohen steuerlichen Belastung ist ein Rückschritt in der Landeskultur herbeigeführt, verkündete Herr v. Pobadowsty ebenso zuversichtlich wie unüberlegt. Denn sofort schon hat er sich verbessern müssen, es habe eigentlich eine absolute Zunahme, doch ein relativer Rückgang der Kartoffelkultur stattgefunden. Dies „relativ“ ist köstlich! Man glaube nämlich nicht, damit sei das Verhältnis zur Getreidekultur gemeint. Weit gefehlt! Die die Zahlen der amtlichen statistischen Aufnahmen über die Boden-benutzung 1893 und 1894 beweisen, hat die Kartoffel-kultur stärker zugenommen, als der Getreidebau — also nicht bloß absolute, sondern auch relative Zunahme. Was aber unser sachkundiger Finanzminister meint, ist etwas ungemein kurioses: es ist die Zunahme, die, abgesehen von der bereits erfolgten Zunahme, stattgefunden hätte, wenn die Spiritusbrennerei nicht zurückgegangen wäre und es richtig wäre, daß ein Rückgang der Spiritusbrennerei einen Rückgang der Kartoffelkultur nach sich zieht. Also Herr v. Pobadowsty tritt an die Reichstatistik heran, um den zahlenmäßigen Beweis des Rückgangs der Kartoffel-kultur zu erbringen. Siegesfester und mit triumphirendem Nachhaken über den brillanten Einsatz durchblättert er die amtlichen Quartalleiten und findet das gerade Gegentheil. „Na denn nicht“, meint er gemüthlich, „es ist zwar kein Rückgang, sondern ein Zuwachs, aber der Zuwachs wäre noch größer, wenn die Brennerei nicht zurückgegangen wäre.“ Und diesen imaginären Zuwachs über den Zuwachs nennen wir relative Zunahme. „Es ist also der Rück-schluß kein gewagter, daß mit der Beschränkung des Kartoffelverbrauchs in den Brennereien auch ein Rückgang der mit Kartoffeln bebauten Fläche im Hand geht.“ Was hier als Rückschluß aufgeführt wird, ist bereits Voraussetzung, die Richtigkeit dieser Voraussetzung statistisch zu beweisen, war aber eben die Aufgabe. Es ist ein Zirkelschluß, von dem Georg Büchner, zwar derb genug, doch nicht minder richtig sagte, daß er „seinen eigenen Hintern leckt“.

Daß sich der Herr Finanzminister v. Pobadowsty den Sachverhalt nicht anders erklären kann, glauben wir wohl. Es ist ja der ganze Zusammenhang ein umgekehrter. Für das ganze Land bedingt nicht die Brennerei die Kartoffelkultur, sondern die Kartoffelkultur bzw. die Kartoffelernte die Brennerei. Das läßt sich genau Jahr für Jahr beweisen. Wir begnügen uns mit dem fünfjahr 1887/91.

Im Jahre	Kartoffelverbrauch per Hektar in Tonnen	Kartoffelverbrauch in der Brennerei in 1000 Tonnen	Entsprechendes Betriebsjahr der Brennerei
1887	8,7	2009	1887/88
1888	7,5	1699	1888/89
1889	9,1	2064	1889/90
1890	8,0	1686	1890/91
1891	6,4	1335	1891/92

Man sieht, die Ausdehnung und Zusammenziehung der Brennerei entspricht genau dem Steigen und Fallen des Ernteertrags. Sehr erklärlich, denn die Brennerei braucht billige Kartoffeln und schrumpft sofort zusammen, wenn der Kartoffelpreis steigt. Deshalb kann sie auch keinen Anreiz geben für die Ausdehnung der Kartoffel-kultur. Anders freilich lagen die Dinge dazumal, als der Kartoffelspirituskonsum noch erst eine ganze Welt zu erobern hatte. Jetzt ist das aber vergangener Herrlichkeit ver-floßene Pracht, an deren Erneuerung kein vernünftiger Mensch mehr denken kann. Die Spiritusbrennerei ist bloß ein Nothablaß für Kartoffeln, zu Zeiten, wo man nicht mehr weiß, was man mit den Vorräthen machen soll, und die Preise unbarmherzig fallen. Deshalb hat auch die Verringerung der Brennerei, die übrigens gar nicht einmal sehr bedeutend ist, keinen Rückgang der Kartoffelkultur nach sich gezogen.

Vielleicht, als die Beginnuna der Kartoffelkultur durch die Spiritusbrennerei, ließe sich eine Ausdehnung der Spiritusbrennerei durch Verbilligung der Kartoffel erreichen. Die Kartoffel wird aber, vom Ernteertrags abgesehen, nur dann billiger, wenn die Getreidepreise fallen. Folglich wäre die Abkämpfung der Getreidepreise ein gutes Mittel, um die Spiritusbrennerei zu heben, viel besser als die Ausfuhrprämie. Also, wie die famose agrarische Schlussfolgerungskette lautet: ohne freie Getreideeinfuhr keine billige Kartoffel; ohne billige Kartoffel keine Branntweinbrennerei; ohne Brennerei keine Schlempe; ohne Schlempe keine Landwirtschaft! Schafft die Getreide-schleuse ab!

(Leipz. Volksz.)

Politische Rundschau.

Sant, den 9. Mai.

— Aus dem Reichstage. Die Beratung der Umhuurvorlage hat nun gestern glücklich begonnen, oder besser gesagt, sie hat unglücklich begonnen, mit einer wenig gelehrten Rede des Herrn Reichstagslers, die bald darauf gerückt im Hause vertheilt wurde. Unglücklich war die Rede vom Standpunkte der Regierung und der Vorlage überhaupt. Denn es findet sich darin die epoche-Wendung: Ich habe eine zu hohe Meinung von dem Volke der Deutscher, als daß ich es wagen möchte, anzunehmen, es könne die Selbstarbeit eines deutschen Philosophen, es könne

Moderne Sklavenjäger.

Roman von D. Elfer.

Nachdruck verboten.

68) Aber noch Jemand ohne wenigstens, was das verhängnisvolle Drama verfaßt, Jenny Guther. Sie hatte in zu enger Verbindung mit Walter gehandelt, als daß sie nicht in einzelnen Wendungen und in den Gedanken des Schauspielers Walter wiedererkannt hätte. Ihre Ahnung ward zur Gewißheit, als sie zufällig erfuhr, daß Walter bereits vor einigen Monaten nach Ostafrika gegangen sei. Aber sie sprach mit Niemanden über ihre Ahnung; sie empfand eine heiße Scham, wenn sie daran dachte, daß Walter in der Hauptrolle des Dramas ihre eigene Person zum Modell genommen hatte, und die Jornerdichte schloß ihr in die Wangen bei dem Gedanken, daß man sie wiedererkennen könne. Aber Walter hatte weniger das Reizende ihrer Person und ihres Lebens, welches aller Welt bekannt war, zum Modell genommen, als vielmehr ihr inneres Empfinden, ihre Gedanken, ihren Geist, von dem nur er als ihr intimer Freund und Vertrauter Kenntnis haben konnte. Sie dachte jetzt den früher so heiß geliebten Mann mit all der Leidenschaft, welcher ihr sturmburchendes Herz schlägt war. Sie schauerte ihm insgeheim nach, aber sie verdrängte ihre Gefühlsregung hinter einer gleichgültigen Außen-seite. Sie stimmte nicht ein in den Ladel oder das Lob der Deute; sie verhielt sich vollkommen gleichgültig und wartete gleich einer lauernden Pantherin ihre Zeit ab, wo sie den Verhassten ihrer Rache zum Opfer bringen konnte. Es war überhaupt in den letzten Wochen eine Veränderung mit ihr vorgegangen, seit ihr Gatte die mit zücker Kaltblütigkeit eröffnet hatte, daß er vor dem Tode stünde, wenn ihm nicht ein günstiger Zufall zu Hilfe käme.

„Seit Grifffhorn die Dummheit mit dem Geheimrath v. Waldburg begangen hat“, sprach er, „glückt nichts mehr. Ich war damals gerade sehr stark an der Börse engagirt. Waldburg hätte mir noch mit guten Nach-richten dienen können und Alles wäre gut gegangen. Da bringt Grifffhorn die ominöse Nachricht in die Blätter und der Geheimrath schießt sich eine Kugel vor den Kopf. Ich verlor in jenen Tagen fast eine Million. Deine Verschwendungslust hat dann den Riß immer mehr er-weitert.“

„Es ist nur gut“, entgegnete höflich Jenny, „daß Du Jemanden hast, auf dessen Schultern Du die eigene Schuld abladen kannst. Meine Verschwendungslust soll Deinen Ruin herbeigeführt haben? Sehr gut, in der That! Willst Du aber nicht einmal die Güte haben, in Deinen Büchern nachzulesen, wieviel Dich Deine galanten Abenteuer gekostet haben?“

„Diese Abenteuer kosten nicht die Hälfte Deiner Brillanten.“

„Schweig jetzt! Bist Du nicht stark genug, Dich wieder emporzuraffen, so triff wenigstens Vorbehalte, daß uns Dein Ruin nicht übertrifft.“

„Wie denkst Du Dir diese Vorbehalte? Willst Du viel-leicht Deine Brillanten verkaufen? Die Summe würde mir die Ultimogeregulirung ermöglichen.“

Jenny lachte höflich auf.

„Meine Brillanten gehören mir. Du bekommst sie nicht in die Hände. Man kann aber auf andere Weise Vorbehalte treffen, um später im Auslande nicht verhungern zu müssen.“

„Ach, Du meinst, ich sollte eine gewisse Summe ins Ausland in Sicherheit bringen? In der That, kein über-Obende. Aber selbst im Auslande wird man mir im Falle eines Bankerotts die Summe abnehmen.“

„So laß sie auf meinen Namen einschreiben. Wir leben nicht in Gütergemeinschaft.“

Der Kommerzienrath sah seine Gattin mit einem durchdringenden, forschenden Blick an, dann entgegnete er misstrauisch:

„Ich werde es mir überlegen.“

Er entfernte sich und ließ Jenny in größter Auf-regung zurück, die sie allerdings ihm nicht geseit hatte. Aber mit Entsetzen dachte sie daran, daß sie von dem Gipfel ihres Reichthums, ihres Ansehens verabschiedet sollte. Sie erinnerte sich einiger früherer Fälle von Bankbrüchen, die den Ruin der bis dahin hochangesehenen Familien nach sich gezogen. Sie erinnerte sich, daß der eine Ban-ker sich erschossen und daß seine Frau jetzt in den är-mlichsten Verhältnissen in der östlichen Vorstadt Berlins lebte. Sie schauderte nicht so sehr bei dem Gedanken, daß sich ihr Gatte der irdischen Gerechtigkeit durch eine blutige That entziehen konnte, als daß sie in Armuth und Elend ihre Tage verbringen sollte. Sie besaß keine reichen Verwandten mehr. Das Vermögen, das sie einst mit in die Ehe gebracht, hatte ihre Verschwendung-lust längst aufgezehrt; sie war arm, wenn ihr Gatte ruiniert war.

Rastlos nachdenkend, wie sie sich selbst wenigstens aus dem Zusammenbruch retten könnte, schritt sie in dem Zimmer auf und nieder. Da fiel ihr ruheloser Blick auf ein glitzendes Brillantearmband, welches sie vorhin von dem weißen Arm gestreift und auf die Marmorkonsole unter dem Spiegel gelegt hatte! Ihre Brillanten! — Ja, ihr Gatte hatte Recht, sie waren Tausende und Aber-tausende werth! Sie repräsentirten ein Vermögen, dessen Zinsen ihr gestatten würden, sorgenfrei, ja glänzend zu leben!

(Fortsetzung folgt.)

der große weltbewegende Kampf der Geister und der Fortschritt der Menschheit gekennet werden durch geistliche Bestimmungen. Man kann sich denken, wie lebhaft die Bewegung war, die diesen Worten folgte und daß jeder Gegner der Vorlage auf diese Worte in seiner Rede zurückkam. Das Haus war voll besetzt und auf den Tribünen war kein Plätzchen leer, und die gekommen waren, kamen auf ihre Rechnung, denn es gab eine recht interessante Sitzung. Da der Reichstagspräsident die allgemeine Erklärung abgegeben hatte, gestattete der Präsident, daß auch die Redner aus dem Hause eine bei einer Spezialberatung sonst nicht übliche allgemeine Diskussion einleiten durften. Im Besonderen fand § 111, welcher die Aufhebung von Verbrechen und ihre Anpreisung oder Rechtfertigung unter Strafe stellt, zur Debatte. Dr. Barth von der weissen Linie des Freireichs war der erste Redner. Herr Barth gehört nicht zu den Bornierten unter den Abgeordneten, er vertritt sogar auf sozialem Gebiet über viel mehr Wissen, als seine meisten Kollegen vom Wasserstiel-Freireich, vom Wülfenberger Bach gar nicht zu reden. Prof. Dr. Barth sagte infolgedessen auch Mandat, womit sich unter Fraktionsredner, Genosse Kuer, einverstanden erklären konnte. Dann kam Herr von Mantuffel an die Reihe, dem als propädeutischen Junker die Vorlage nicht weit genug geht, der in frivolem Uebermut Anarchismus und Sozialdemokratie nicht unterscheiden kann und unsere Genossen als Quascher hinstellt, die ihre letzten Ziele verbergen. Genosse Kuer leuchtete ihm gründlich beim. Es war sehr fröhlich, ihm zuzuhören. Kuer war heute besonders gut bei Laune. Mit seinem überlegenen Humor, seiner derben Satire, mit seiner überzeugenden Einbrichtigkeit wußte er das ganze Haus in atemloser Spannung zu halten. Seine Rede bildete den Höhepunkt der ganzen heutigen Diskussion. Die Abrechnung, die er mit unseren „schwarzen Brüdern“ in der Mitte des Hauses hielt, war fröhlich. Die Herren Gröber, Lieber und Genossen schloßen sich allein nicht wohl dabei, während auf allen anderen Seiten des Hauses die Heiterkeit nicht enden wollte. Röstlich mit anzuhören war dann die Abfertigung, die er den Nationalliberalen zu Teil werden ließ und warm wurde man bei den Schlussfolgerungen, die sich mit dem Bürgerkrieg beschäftigten. Herrn Schmidt, der das Präsidium führte, muß sogar beißend geworden sein, denn er zappte auf seinem Hochstuhl hin und her und seine Aufregung entlud sich in einem Ordnungsruf, der so unmotiviert als möglich war. Es ist die alte Erfahrung, die wir schon bei Herrn v. Forckenberg gemacht haben. Es giebt keinen nervöseren Menschen, als einen sogenannten Freireichigen, dem die Präsidentenwürde in den Kopf gestiegen ist. Als Herr Schmidt übrigens wieder nützlich wurde, soll er sein Unrecht eingesehen haben und er will heute eine dahingehende Erklärung abgeben. Nach der Rede Kuers war das Interesse so ziemlich erschöpft. Der Reichstagspräsident ließ einen faulen Witz vom Stoppel. Abg. Enneccerus zeigte, daß die Reichstagspräsident seine Partei in besserer Verfassung ist. Abg. Reinhold vom Zentrum erklärte, daß seiner Partei die Kommmissionsbeschlüsse wenigstens noch nicht weit genug gingen. Mundel exemplifizierte auf Schiller und die Klassiker. Schließlich gab Abg. Zimmermann noch ein paar antimilitaristische Witze zum besten. Zur Abstimmung über den § 111 kam es nicht. Sowie wurde schon gestern klar, die Vorlage wird nicht Gesetz werden. — Uebrigens hat das Zentrum in der vorgestrigen Fraktionsitzung beschlossen, an den Beschlüssen der Kommission unbedingt festzuhalten.

— Die Reichstagskommission für den Antrag Ranig lebte mit 13 gegen 12 Stimmen die Resolution Scherwin ab, welche besagt, daß die Kommission im Allgemeinen den Zweck des Antrages Ranig billige. — Gegen die Resolution der Reichstagskommission für das Vinnenschiffahrtsgesetz, welche die Ausschließung der fremden Flagge von der deutschen Küstenschiffahrt empfiehlt, wendet sich entschieden eine Eingabe des Vereins Hamburger Rieber. Die Beteiligung der fremden Flagge an der deutschen Küstenschiffahrt ist eine ganz geringfügige. Dagegen ist allein an der Küstenschiffahrt Schweden-Norwegen und Dänemarks die Beteiligung deutscher Schiffe stärker als bei den fremden Flaggen zusammen an der deutschen Küstenschiffahrt gegenüber kann der in Rede stehende Antrag nur als ein gefährliches Spiel mit wichtigen deutschen Interessen bezeichnet werden.

— Eine Kommission zur Beratung über die äußere Sonntagsruhe wird der „Post“ zufolge am 13. d. M. in Berlin zusammentreten. Den Vorsitz wird Geh. Oberregierungsrat Köpfer vom Ministerium des Innern führen. An den Verhandlungen nehmen Räte aus dem Kultus- und Handelsministerium und dem Ministerium des Innern teil.

— Fünf große Schneiderversammlungen in Berlin protestierten gegen die Hausinsurrektion, die namentlich von Beamtenbetrieben betrieben wird und nahmen gleichlautende Resolutionen an, wonach überall Betriebswerkstätten einzurichten seien, die Betriebszeit auf die Stunden von 8 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends mit 1½ Stunden Mittagspause zu beschränken sei. Den Protestanten werden die Resolutionen zugestanden. Der Protestanten werden die Resolutionen zugestanden. Der Protestanten werden die Resolutionen zugestanden.

— Unter dem neuesten Kurs. Der „Vorwärts“ veröffentlicht die Liste der im Monat April über Parteigrenzen verhängten Strafen. Derselben betrafen sich insgesamt auf 3448 M. Geld- und 2 Jahre 9 Monate 3 Wochen und 1 Tag Gefängnisstrafe.

— Die Stichwahl im Wahlkreise Ulm ist auf den 14. Mai angesetzt. Die Entscheidung bei der Stichwahl liegt in den Händen der Sozialdemokratie. Unser Stuttgarter Parteiblatt, die „Schwab. Tagwacht“, empfiehlt in Aussicht darauf, daß der Volksparteiler Häußle ein zurückgebender Gegner der Ulmsturzvorlage ist, für diesen zu stimmen, nicht aus Furcht vor dem Ulmsturzgeißel, sondern aus Haß gegen die Parteien der Lüge, der Fälschung, der Niedertracht, der Gewaltthätigkeit und der Volksbedrückung.

— Eine treffliche Charakteristik der Stellung der einzelnen Parteien zur Ulmsturzvorlage und der Ansicht der letzteren giebt die „Frankfurter Zeitung“. Nicht weniger als fünf Monate liegen zwischen dem Beginn der ersten und dem der zweiten Lesung, und schon diese Frist strahlt das Dringlichkeitsgeschrei, unter dessen Lärm das Gesetz entstand, in schärfer Weise lägen. Bergegenwärtigt man sich die Lage im Dezember und die Phasen, die seitdem dem Gesetzentwurf durchgemacht hat, so drängt sich der Gedanke an ein berühmtes Konzert auf, an die Abschiedssymphonie des Meisters Davin. Nachdem das Orchester voll eingelegt und eine Weile kräftig gearbeitet hat, verstummt ein Instrument nach dem anderen, ein Musiker nach dem anderen löst seine Kerze aus und schließlich ist davon, dem letzten folgt schließlich auch der Kapellmeister. Von dem Orchester, das die Ulmsturzsymphonie begann, ist außer dem gouvernementalen Dirigenten nur noch die Klarinette erste Geige übrig; übriges verfiel der nationalliberale Bass, darauf die freikonservative Klarinette und die polnische Stralche, dann schließlich auch das konservativste Blech davon. — In der That läßt sich die augenblickliche Situation kaum besser wiedergeben.

— Eine am Dienstag in Berlin stattgefundene gut besuchte Versammlung der Bäckereiarbeiter beschäftigte sich mit der Einführung eines Maximalarbeitstages von 12 Stunden. Von allen Rednern wurde der 12-Stunden-Tag für die Bäckereiarbeiter gefordert. Es wurde auch lebhaft darüber Klage geführt, daß die Arbeitergehalt wenigstens die gesetzliche Sonntagsruhe nicht innehalten. Die Versammlung faßte folgende Resolution, welche dem Reichstagsrat und auch dem Bundesrathe zugestellt werden soll: „Die Bäckereiarbeiter verlangen von der Regierung den 12-Stundentag und eine Arbeitszeit von 8 Stunden an Sonn- und Feiertagen.“

— Pfandweiber in Deutschland. Aus Saargemünd wird geschrieben: In der Strafkammerung vom 25. April kam folgender Fall zur Verhandlung: Der frühere Gerichtsassessor Adolph v. Frankenberg, zuletzt in Reg. war angeklagt, zu Großstädten, wo er im Jahre 1894 funktionierte, mit zwei Gefangenen, der Elise Radel und Friederike Fischer, welche seiner Obhut anvertraut waren, unzüchtige Handlungen vorgenommen zu haben. Die Anklage wurde durch die Beweisaufnahme in einem Falle erwiesen, und es erfolgte daher seine Verurteilung wegen Verbrechen gegen § 174 des Str.-G.-B. zu acht Monaten Gefängnis, wovon ein Monat durch die Untersuchungshaft verübt ist. — Wie die „Straßb. Post“ schreibt, ist auch der Gefängnis-Aufsicht in Großstädten vor einiger Zeit wegen ähnlicher Vergehen wie der kommissarische Amtsträger v. Frankenberg — also Verurteilung worden. — Solche Vorverurteilungen haben in Elsaß-Lothringen gerade kein Geheiß!

— Scharfer Wind von Berlin. Die die Versammlungen überwachenden Polizeibeamten sollen eine neue Dienstausweisung erhalten, um gegen beliebige Vorwürfe von Rednern oder in Resolutionen gegen Unternehmer sofort einschreiten zu können. Welche ganz Mächtig gegen das Kapital!

— Der Regierungspräsident der Provinz Brandenburg ließ die Detspolizeibehörden anweisen, daß nur Vereine, die neben anderen auch politische Erörterungen pflegen, der Versammlung unterliegen, das Frauen, Lehrlinge und Kinder aus dem Vereinsvergängen nicht mehr beinhalten dürfen. Ob das auch gegen Reichervereine und sonstige „patriotische“ Gesellschaften gehandelt werden wird?

— Aus den Ferienkolonien. In dem in Brandenburg liegenden 5. Infanterieregiment sind zahlreiche Erkrankungen vorgekommen. Ueber die Ursachen derselben liegen die folgenden, offiziell abgeschwächten Mitteilungen vor: Eine Quantität Vieh aus der Jagdschlacht militärärztlichen Wädhle scheint in etwas verbotenen Zustande hier zur Verwendung gelangt zu sein und schädlich gewirkt zu haben; es sind davon Erkrankungen leichter Art bei etwa 60 Mann festgestellt und die erforderlichen Maßnahmen ergriffen worden.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 8. Mai. Die gestern stattgefundene Reichsrathswahl endigte mit der Niederlage der Liberalen. Der sozialdemokratische Kandidat erhielt 151 Stimmen gegen 36 bei der letzten Wahl, der Liberale 1660, der Katholik 3634 Stimmen. Letzterer ist somit gewählt. Abends fand eine große Wahlschreckensdemonstration der vom Wahlrecht ausgeschlossenen Arbeiter vor dem Gemeindefaust statt, die dann von dem Polizei-Massenaufgebot auf die Hauptstraße verdrängt wurde.

Holland.

Amsterdam, 8. Mai. Die hiesigen Behörden leiteten eine Untersuchung ein über die Thatsache von circa 4000 Kindern an der diesjährigen Rasterei der Amsterdamer Arbeiter. Man giebt in den Kreisen der Behörden vor, daß die Kinder dabei nur dem Druck (!) der Lehrer gehorcht hätten, da mehrere Lehrer belüchelt wurden, sozialistischen Tendenzen zu huldigen. Das Ganze soll einen Vorwand zur Wählerregulierung sozialistischer Lehrer bilden.

Frankreich.

Paris, 8. Mai. Französische Klassenjustiz. Zwei der Leiter des Omnibusbetriebs - Streits, Deville und Brou, wurden hier wegen angeblicher Aufreizung zur Gewaltthätigkeit angefaßt und verurtheilt. Wie die Verhandlung zeigte, beruhte die ganze Anklage auf einem Verfallungsbericht des „Temps“, der den beiden Angeklagten Worte in den Mund legte hat, gegen die sie sich entschieden verweigerten und für die auch kein einziger Zeuge auftreten konnte. Dennoch wurde dem „Temps“, dessen Reporter nicht einmal vorgeladen worden war, umsonst Vertrauen entgegengebracht, als die Berichte mehrerer anderer Blätter „überstimmend“ mit dem „Temps“ lauteten, was sich aber für Jeden, der das hiesige Zeitungsweesen kennt, einfach dadurch erklärt, daß die „überstimmenden“ Berichte nichts anderes als ein Abklatsch des „Temps“ Verdicts sind. Und auf den Bericht eines Bourgeoisreporters hin, der vor Allem „interessant“ sein will und darum Vieles wirft und erfindet, würde ein gewissenhafter Mensch noch nicht einmal einen Hund verurtheilen. Der Gerichtshof hat aber Brou und Deville zu je 6 Monaten verurtheilt. Wie konnten sie sich auch herausnehmen, an den Grundbesitzer der bei ihnen „Ordnung“ zu rütteln, indem sie für die Omnibusangehörigen menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu erreichen suchten.

Deutscher Reichstag.

86. Sitzung vom Dienstag den 7. Mai.

Zunächst gelangt der Rasttagstext, betr. die Feierlichkeiten zur Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals, in betterer Lesung ohne Debatte zur Annahme.

Sodann ist die Abstimmung über die Billigkeit der Wahl des Abgeordneten Dr. Böttcher (Katl.), die am Freitag wegen Beschäftigung des Hauses ausgesetzt werden mußte, vorzunehmen. Die Kommission beantragt, die Wahl für ungültig zu erklären. Die Diskussion über diesen Antrag war bereits geschlossen.

Abg. Dr. Marquardsen (Katl.) zur Geschäftsordnung) erklärt, daß ein Widerspruch nicht in dem Verfahren seinerzeit liege, er am vorigen Freitag nicht zum Wort gekommen. Das bedauere er um so mehr, als Dr. Böttcher dringlichst gebittet habe, sein Mandat niederzulegen, von diesem Befehl aber nur aus Zureden seiner Freunde abgesehen habe. Um so mehr hätte er es für angebracht, daß das Haus auf Grund einer Diskussion sich über den Antrag schloß. Er beantragt daher, die Diskussion wieder aufzunehmen, und bittet, diesem Antrag stattzugeben.

Abg. Brandenburg (Zentr.) kann nach den persönlichen Erörterungen in der Kommission keinen Grund für die Wiederaufnahme in der Debatte einsehen.

Abg. Dr. Enneccerus (Katl.) appelliert an den Gerichtstisch des Hauses, daß nicht über die Wahl werden entschieden werden, ohne in eine Diskussion eingetreten zu sein.

Abg. Dr. Bachem (Zentr.) widerpricht dem Antrag des Abg. v. Marquardsen und vertritt gegen die Katl. wie Abg. Enneccerus hier einen Geschäftsbefehl zu begründen sucht. Die Diskussion sei eröffnet gewesen, und Niemand habe das Wort genommen. Man könnte vielleicht aus Rücksicht auf den Abg. v. Marquardsen eine Wiedereröffnung der Diskussion beschließen, aber es würden dann sicher auch andere Redner das Wort nehmen. Er bittet daher, den Antrag abzulehnen.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Reform.) widerpricht gleichfalls dem Antrag auf Wiedereröffnung der Diskussion, für die abgelehnt sein Grund vorhanden ist.

Abg. Dr. Barth (Zentr.) erklärt sich aus Billigkeitsgründen für den Antrag. Man müßte sich vergegenwärtigen, daß der Reichstag die Wahlprüfungen gewissermaßen die Rolle eines Gerichtshofes übernehme.

Abg. Dr. Enneccerus und Dr. v. Marquardsen (Katl.) bitten nochmals, dem Antrag stattzugeben.

Damit schließt die Geschäftsordnungsdebatte.

Wie der Präsident v. Buri zur Abstimmung über die Billigkeit der Wahl schreiten will, fragt Abg. Camp (Katl.), ob abgelehnt werde über die Wiederaufnahme der Debatte, was der Präsident verneint, da dieser Antrag, weil er Widerspruch gefunden habe, geschäftsordnungsmäßig nicht zulässig sei.

Die Abg. Camp (Katl.) und Enneccerus (Katl.) widersprechen dieser Auslegung der Geschäftsordnung, während die Abg. Richter, Singer und Lieber sich auf die Seite des Präsidenten stellen; ebenso erklären die Abg. v. Sonnenberg (Katl.) und v. Petrus (Katl.), daß die Wiedereröffnung der Diskussion eine Abweichung von der Geschäftsordnung, also nur zulässig sei, wenn Niemand widerspreche. Dieser Widerspruch sei erfolgt.

Darauf wird in namentlicher Abstimmung, die der Abg. v. Marquardsen beantragt hat, die Ungültigkeit der Wahl mit 214 gegen 93 Stimmen beschlossen.

Die Wahl des Abg. v. Dierckmann (Katl.) ist von der Kommission für ungültig erklärt worden.

Abg. v. Staub (Katl.) beantragt, die Wahl nochmals an die Wahlprüfungs-Kommission zurückzugeben.

Abg. Camp (Katl.) empfiehlt die Annahme des Antrages v. Staub.

Abg. v. Holzgatterer-Gilgenburg (Wol.) nimmt die Wahlprüfungs-Kommission in Schutz, während Abg. v. Marquardsen (Katl.) den Antrag v. Staub unterstügt.

Abg. Spahn (Zentr.) befürwortet die Abweisung des Antrages v. Staub, höchstens könnte noch eine Ergründung des Begründeten gefordert werden über die nicht unter Beweis gestellten Vorwurfsunkte.

Abg. v. Staub empfiehlt seinen Antrag. Ich bestreite, daß amtliche Wahlvereinfassungen vorliegen. Auf die Anregung des Abg. Spahn glaube ich jedoch, meinen Antrag auf Zurückverweisung des Berichtes an die Kommission zurückziehen zu sollen und modifiziere denselben dahin, bis auf Weiteres die Geschäftsordnung über die Billigkeit der Wahl auszuheben und über eine Reihe von Vorwurfsunkten neue Urtheile zu veranlassen.

Abg. v. Jagow (Katl.) (Wol.) erhebt das Haus, an dem Bericht der Kommission festzuhalten.

An der weiteren Debatte theilnehmen sich noch die Abg. Friedberg, der für den jetzigen Antrag Staub eintritt, während die Abg. v. Komierowski und Bachem den Kommissionsbescheid empfehlen.

Abg. Kuer (Wol.) hält es nicht für ausgeschlossen, daß eine Zeit kommen, in der kein Landtag sich entscheiden könne, für einen nationalliberalen Kandidaten zu stimmen. Daß es sich um eine Rechtsnachfrage von Beamten handle, wisse er bestimmt. Aber agitiere ein Beamter, so könne man fordern, daß er sich nicht eine amtliche Bezeichnung beilege. Die persönlichen Vorwürfe könnten sich in dieser Beziehung die bayerischen Bezirkskomitee zum Recht nehmen. Daß die Wähler den Beirathungen durch die Beamten nur zu leicht nachgäben, sei ganz selbstverständlich. Seine Freunde würden den Antrag Staub ablehnen und für den Kommissionsantrag stimmen.

Abg. Windenwald (Katl.) spricht sich gleichfalls für Ungültigkeit der Wahl aus. Als die Begründung von Einmütigkeiten

der Landwehr in die Kgl. Artillerie wies Herr v. Müller seinen Einfluß auf die Verhältnisse geltend machen. (Große Beifall.)
An der weiteren Debatte theilnahmen sich die Abgeordneten v. Komierowski, Enneccerus, v. Heeremann, Friedberg, Camp, v. Karbort, v. Staubb, Wagem, Windwald, Herr Radjwill.
Die Diskussion wird um 5 Uhr geschlossen.
Während der nun folgenden persönlichen Bemerkungen verläßt erst der Reichstagsrat den Saal.
Der Antrag v. Staubb wird nunmehr gegen die Stimmen der Konservativen, Freisinnigen und National Liberalen abgelehnt.
In namentlicher Abstimmung wird die Wahl Dymkowski mit 201 gegen 112 Stimmen für ungültig erklärt.
Schluß der Sitzung.

Aus Stadt und Land.

Bant, 9. Mai. Eine neuere Verfügung ist für die Angehörigen des Beurlaubtenstandes von besonderer Wichtigkeit, wodurch angeordnet wird, daß die Herausgabe zu einer in Aussicht genommenen Uebung nicht hinläßt, wenn der Betreffende zwischen dem Empfang des Einberufungsscheins und dem Uebungsbeginn in einen anderen Korpsbezirk verzieht. Solche Mannschaften sind vielmehr in dem durch ihr Aufstellungswechsel hervorgerufenen neuen Kontrollverhältnis alsbald zu einer Uebung von gleicher Dauer heranzuziehen, wie sie im früheren Kontrollverhältnis in Aussicht genommen war. Durch diese Anordnung sollen Uebungsentscheidungen, wie sie bisher bei der Verlegung des Aufstellungsortes in einen anderen Korpsbezirk zwischen Einberufung und Uebung vorkamen, fortan unmöglich gemacht werden.

Wilhelmshaven, 9. Mai. Der Hilfsbeamte des Kreises Wittmund veröffentlicht folgende Bekanntmachung: Nach gefasener dienlicher Anzeige bedürfen die im Jagdgebiete gelegenen Ziel- und sonstigen Entwässerungsgräben der Schließung beim Reinigen. Aus gesundheitspolizeilichen Gründen gebe ich den betreffenden Anliegern bezw. Interessenten hierdurch gemäß § 132 ad 1 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 auf, die Schließung bezw. Reinigung der genannten Gräben, soweit dies noch nicht in diesem Jahre geschehen sein sollte, bis zum 30. Mai d. J. auszuführen zu lassen, widrigenfalls diese Arbeit durch einen Dritten auf Kosten der Saumlagen ausgeführt und die vorläufig zu bestimmenden Kostenbeiträge vorher von denselben eingezogen werden.

Wilhelmshaven, 9. Mai. Zu der bereits auf vielen größeren Eisenbahnstationen Deutschlands eingeführten Prüfung der Fahrkarten an den Ein- und Ausgängen und der hierdurch bedingten Abperrung der Bahnsteige bestimmte der Minister der öffentlichen Arbeiten durch Erlass vom 22. April d. J., daß diese für den allgemeinen Verkehr am 1. Oktober d. J. auf sämtlichen hierzu in Aussicht genommenen, in dieser Beziehung rücksichtslosigen Hauptbahnen strecken und wichtigeren Nebenbahnen eingeführt wird. Dabei soll eine etwaige frühere Einführung dieser Maßregeln auf einzelnen Strecken, insbesondere in den westlichen Direktionsbezirken nicht ausgeschlossen sein, sofern hierdurch Vereinfachungen und Ersparnisse in der Verwendung des Zugbegleitpersonals herbeigeführt werden. Gleichzeitig soll dafür Sorge getragen werden, daß die Namen der Stationen in reichlicher Weise angebracht werden, damit die Reisenden, welche bei der neuen Art der Fahrkartenprüfung mehr wie früher auf sich selbst angewiesen sind, dieselben vom Zuge aus erkennen können.

Wilhelmshaven, 9. Mai. Der Vorstand der hannoverschen Invaliden- und Alters-Versicherung-Anstalt erläßt in dem Anhaltblatt, den „Anstalts Nachrichten“, eine Bekanntmachung bezüglich der Krankenpflege, und macht die Versicherung gegen Invalidität auf die Benutzung des neu errichteten Generalhospitals Königsberg bei Gollars aufmerksam. Dasselbe ist am 1. Mai eröffnet worden und ist Eigentum der Versicherungsanstalt Hannover. Das Haus, das 400 m hoch im Walde liegt, enthält 35 Betten und ist zunächst zur Aufnahme von Rekonvaleszenten bestimmt, die durch den Aufenthalt in gesunder Luft und durch geeignete Ernährung wieder hergestellt werden können. Aufgenommen können vor allen Dingen Kranke werden, bei denen es sich um die Befreiung der Nachwehen alterer Krankheiten handelt; kann jedoch, die an allgemeinen Ernährungsförderungen oder sonstigen Gegenständen oder an Krankheiten des Verdauungstraktes leiden. Aufgenommen werden die Aufnahme sind Geschwächte, Epileptiker, Alkoholiker und mit Syphilis oder anderen schweren Krankheiten befallenen Personen. Unterkaufte, die sich im Anfangsstadium befinden, werden dagegen wieder aufgenommen. Das Haus wird von einer Diakonissin verwaltet und von einem Arzt in Gollars ärztlich versorgt. In dem Artikel be-

haucht der Vorstand, daß er so selten klüger in die Lage gekommen, Kranken Besuche zu leisten, weil gewöhnlich erst am Freitag auf Invalidentage ein Gesundheitsrat einberufen wird. Es wird dann ferner darauf hingewiesen, daß der Vorstand der Versicherungsanstalt weitgehende Befugnisse durch den § 12 des J. u. A. G. bei der Beschäftigung des Personalstandes der Anstalt, welche einen Anspruch haben auf Invalidität, und infolge ihrer Befreiungspflicht Anspruch auf Invalidität haben, zu empfangen, sich sofort an den Vorstand der Versicherungsanstalt zu wenden. Derselbe wird im gegebenen Fall entweder eine Krankenkasse, mit der weiteren Fürsorge des Kranken beauftragen oder ihn in eigene Fürsorge nehmen lassen. Kann er Aufnahme in dem Generalhospitale finden. Dieses Haus ist wie erwähnt ganz besonders für Rekonvaleszenten gedacht, und thun solche Berechtigte gut, sich rechtzeitig an den Vorstand um Aufnahme zu wenden. Es kommen aber auch in Betracht Operationen, Behandlung der Kranken von Spezialärzten, sowie Unterbringung von Kranken in Bädern und Luftkurorten. Die Anträge auf Krankenfürsorge sind an den Vorstand der Versicherungsanstalt Hannover unter Beifügung eines ärztlichen Attestes und der Quittungskarte einzuwenden. Diese Karte wird durch Vermittlung der ersten Rekonvaleszenzbehörde, der Krankenkasse, der Vertrauensmänner oder des Kontrollbeamten gegeben. Selbstredend gilt diese Einrichtung nur für die im Bezirk der Versicherungsanstalt Hannover wohnenden Personen.

Heppens, 8. Mai. Zu der gestern Abend bei Herrn Th. Frier abgehaltenen Kommisionssitzung betr. Wasser-Verordnung der Gemeinden Heppens, Bant und Neudorf hatten sich außer den Delegierten viele Interessenten aus diesen Gemeinden eingefunden. Zunächst wurden die Fragebogen an die Delegierten, welche deren Verteilung in der letzten Sitzung übernommen hatten, ausgehändigt und beschlossen, daß dieselben so frühzeitig an die Hausbesitzer verteilt werden sollten, daß sie am Sonntag Abend bei Herrn Frier ausgefüllt wieder abgegeben werden könnten. Herr Tiefing übernahm es, auf Grund dieser Fragebogen dann unverzüglich eine Zusammenstellung zu machen, woraus zu ersehen sei, wie viele Hausbesitzer sich sofort anzuschließen wünschten. Diese Zusammenstellung soll sodann nebst den Belägen vom Vorstehenden den drei Gemeinderäten unterbreitet werden. Nach Meinung sämtlicher Anwesenden würde jedenfalls die überwiegende Mehrzahl der Hausbesitzer sich zum sofortigen Anschluß bereit erklären, und begte die Kommission die sichere Hoffnung, daß nach diesem Ergebnis die Gemeinderäte ihre Zustimmung nicht verlagern werden. Mehrere der Anwesenden hatten sich in der Zwischenzeit der Wähe unterzogen, Urfrage bei verschiedenen Familien zu halten über den Wasserverbrauch und waren dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß die von Herrn Tiefing nach dem in Wilhelmshaven festgestellten Verbrauche in Berücksichtigung der 43 Liter pro Kopf und Tag gleich bei Anfang des Betriebes jedenfalls erreicht werden würden. Darauf fragten mehrere Anwesende darüber an: 1. Ob das fragliche Grundstück genügend würde, um auf Jahre hinaus die nötige Wassernachnahme zu garantieren und ob der Ankauf desselben in dem berechneten Anlagekapital mit enthalten sei? 2. Ob es sich thun lasse, daß das Hochbassin (sog. Wasserturm) auf dem Grundstück in Feldhausen selbst erbaut werde? 3. Ob die berechnete Rohrweite genügend wäre? 4. Ob in der Preisangabe des Fragebogens der Wassermesser enthalten sei. Alle Fragen wurden, theils aus dem Munde der Anwesenden selbst, theils von Herrn Tiefing, in vollständig genügender Weise beantwortet. In Bezug auf Frage 4 theilte der Letztere noch mit, daß in vielen Fällen eine Uhr für 2 Häuser (welche z. B. einem Besitzer gehören) ausreichen werden. Zum Schluß erklärten mehrere anwesende Gemeinderatsmitglieder, sie zweifeln nicht daran, daß nach dieser Aufklärung und Erläuterungen die Mehrheit der Gemeinderäte dem Projekte ihre Zustimmung geben würden. In der Veranlassung war man allgemein der Ansicht, daß, wenn diese Zustimmung nicht umgehend erteilt würde, die Hausbesitzer eine Genossenschaft unter sich bilden müßten und zweifelt Niemand an dem Zustandekommen des Projektes.

Oldenburg, 8. Mai. In der vergangenen Nacht wurde hier ein Fahrrad abgefahren, der Oldenburg passiren wollte. Er hatte aber verkannt, das Licht am Rade anzusetzen und wurde daher angehalten. Als man nun seine Legitimation forderte, verfuhr er die Flucht zu ergreifen, indem er sein Rad im Stiche ließ. Das war natürlich auffällig. Der junge Mann wurde daher festgenommen und zum Rathhaus gebracht. Dort stellte sich heraus, daß er das Rad, auf dem er so klü-

des Weges gezogen kam, in Wilhelmshaven gestohlen hatte. Er wurde sofort in Haft gebracht.
Oldenburg, 8. Mai. Die Probebohrungen für die Wasserleitung werden sehr eifrig fortgesetzt. Die Arbeiterkolonne, die die unternehmende Firma hier seit einiger Zeit beschäftigt hat, ist auf 20 Mann verstärkt, weil die Arbeiten in etwa zwei Monaten beendet sein sollen. 5 Bohrungen sind bis jetzt bereits beendet, noch hat man beabsichtigte Resultate noch nicht erzielt. Das verhältnismäßig beste Wasser ist in der Nähe des Krogenbergs gefunden. Dort sind daher zwei Bohrungen nahe bei einander vorgenommen, die 40 Meter tief sind.

Gretemünde, 8. Mai. Am Dienstag ereignete sich am Bord des Fischdampfers „Saturn“ ein Unfall, der einen selten glücklichen Verlauf nahm. Beim Einholen des Netzes in See bei ziemlich großem Seegange erhielt ein auf dem Netze am Rande beschäftigter Matrose durch den beim Stampfen des Schiffs angelegenen Dreidel (Stahltau), der am Reusbaum befestigt ist, einen so heftigen Schlag, daß er über Bord geworfen und weit über die Reeling hinweg geschleudert wurde. Ein glücklicher Zufall wollte es, daß der Mann ein Tau in Händen hatte, das er bei dem Schlage krampfhaft festhielt. Die an Bord befindliche Mannschaft eilte sofort zu seiner Rettung herbei und sah, wie er durch eine aufsteigende See nochmals an die Reeling geschleudert wurde und diese zu erfassen versuchte, was ihm jedoch nicht gelang, vielmehr verlor er vor ihren Augen in die Tiefe. Da infolge der Mannschafft bemerkt hatten, daß er das Tau noch immer festhielt, so holte man es ein und damit den Verunglückten an Bord, der, schon an Deck stehend und in Sicherheit, noch das in Händen befindliche Tau nicht losließ. So kam er mit dem bloßen Schenkel und einem immerhin noch unangenehm fühlen Bade ohne Verletzung davon.

Vermischtes.

— Ein großes prähistorisches Gräberfeld ist von dem Gollarsener Weinbändler Schleyer auf einem Gehacker des Dorfes Sahlenburg im hamburgischen Amte Riehlsholm aufgefunden und bloßgelegt worden. Wie jetzt sind dem Gräberfeld 38 Urnen aller Größen entnommen. Es wird angenommen, daß sie einer noch etwa 800 Jahre vor Christi Geburt liegenden Zeit entstammen. Sie dürften sämtlich germanischen Ursprungs sein, ihre Form sowohl, wie die Art ihrer Ornamentierung lassen das vermuten. Es befinden sich unter den Urnen auch mehrere der interessantesten Fundamente. Ihr Inhalt ist noch nicht näher untersucht; jedenfalls enthalten viele von ihnen auch Knochenreste von Vögeln, Schmetterlingen und vielleicht auch Wägen. Die Gefäßtheile des Amtes Riehlsholm sind außerordentlich reich an derartigen Alterthümern. Die gefundenen Urnen kommen nach Hamburg.

— Elässische Justiz. Wegen des Rufes „Es lebe Frankreich!“ ist ein Fabrikarbeiter im elässischen Orte Jlsach zu 6 Wochen Gefängnis verurtheilt worden. — Wird der Mann eine Liebe zum „alten Vaterland“ bekommen!

— Eine gewaltige Feuersbrunst hat am Dienstag in Arndorf bei Golling (Schlesien) dreizehn Gebäude eingeäschert. Die Betroffenen sind fast sämtlich unversichert. — In dem überreichlichen Dorfe Brosewinka, wo in der vergangenen Woche bereits 65 Verhungen eingeäschert wurden, sind am Montag wiederum mehrere Gebäude niedergebrannt.

— Ständrechtlich erschossen wurde, wie die „Wormbitter Zeitung“ mittheilt, am 1. Mai der Artillerist Tieg in der Garnison Königsberg. Tieg war schon verschiedene Male fahnenflüchtig gewesen und die Ursache seiner kriegsgerichtlichen Verurtheilung zum Tode war, daß er einen Borgefechten ermordet hatte.

— Auch nicht übel. Das Bild des Malers Adam, den Schauspieler Pauli vom Deutschen Theater in der Rolle des alten Baunert aus Hauptmanns „Webern“ darstellend, ist der „Volksweltung“ zufolge zur Berliner Kunstausstellung nicht zugelassen worden. — Wie kann auch ein Künstler in der Wera der Kollerei und der Unkunst vorlage es wagen, eine Figur aus dem „revolutionären“ Drama Hauptmanns darzustellen?!

Gesucht
auf sofort ein ordentlicher Bäcker-
gehilfe.
J. Hah, Bäckermeister,
Bant, Werftstraße 15.
Empfehle mich als
Nätherin
in und außer dem Hause.
Marie Siechen, Stoppelthörn,
„Hamburger Eiche“, oben.

Neue Wilhelmsh. Str. 63
bei Petersen
gibt es vorzügliche Cigarren in allen
Preislagen, namentlich eine
schöne 5 Pfg.-Cigarre.
Zwei junge Leute können sofort
gutes **Logis**
erhalten. Neudorf, Grenzstr. 27.

Zu vermietthen
eine vierräumige Unterwohnung,
passend zu Geschäftsräumen, sowie eine
vierräumige Stagenwohnung, Neue
Wilhelmshavener Straße 44.
C. Weisschmidt.

Zu vermietthen
eine Ober- oder Unterwohnung zum
15. Mai oder 1. Juni.
Kopperthörn, Lützenstraße 3.

Zum baldigen Antritt
ein Mädchen
mit schöner Handschrift für leichte
Kontorarbeiten gesucht.
Offerten sind nur schriftlich ein-
zureichen.
Waarenhaus B. H. Bührmann.

Wulf & Francksen

Ausstellung fert. Betten.

Einschlafige Betten Nr. 8	Einschlafige Betten Nr. 10	Einschlafige Betten Nr. 10b	Einschlafige Betten Nr. 11	Einschlafige Betten Nr. 12
aus grün-roth gestreiftem Röper mit 16 Pfund Federn.	aus roth-grau gestreiftem Atlas mit 16 Pfund Federn.	aus roth-bunt gestreiftem Atlas mit 16 Pfund Federn.	aus rothem oder roth- rosa Atlas mit 16 Pfund Falsbäumen.	Oberbett aus rothem Daunenköper, Unterbett aus rothem Atlas mit 16 Pfund Daunen u. Federn.
Oberbett 7,— Unterbett 7,— 2 Kissen 5,— M. 19,—	Oberbett 10,25 Unterbett 10,25 2 Kissen 7,— M. 27,50	Oberbett 13,50 Unterbett 13,50 2 Kissen 9,— M. 36,—	Oberbett 17,50 Unterbett 17,50 2 Kissen 10,— M. 45,—	Oberbett 22,— Unterbett 20,50 2 Kissen 12,— M. 54,50
Zweischlafig M. 23,50	Zweischlafig M. 31,—	Zweischlafig M. 40,50	Zweischlafig M. 50,50	Zweischlafig M. 61,—

